



Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
Konsequent gegen Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus



Berlin, 6. Januar 2026

„Wir möchten keine Kränze der AfD.“

Markus Pieper, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

„Die AfD ist tatsächlich so etwas wie der starke parlamentarische Arm dieser potenziell gewalttätigen und recht heterogenen rechtsextremen Szene.“

Jens-Christian Wagner, Leiter der Gedenkstätte Buchenwald

Offener Brief:

Zum 27. Januar 2026, dem 81. Jahrestag der Befreiung der letzten Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz fordern wir erneut: Kein Gedenken an die Opfer des Naziregimes zusammen mit der AfD!

Nicht nur am 27. Januar nehmen immer wieder AfD Politiker*innen an Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Naziregimes teil. Seit Jahren sagen Überlebende und Antifaschist*innen, was inzwischen auch der Verfassungsschutz „im Verdacht“ hat: die AfD ist rechtsextrem! Im Januar 2019 veröffentlichte die Berliner VVN-BdA deshalb einen offenen Brief an die demokratische Öffentlichkeit Berlins, die demokratischen Politiker*innen auf Landesebene, die Bezirksbürgermeister*innen, die demokratischen Stadträt*innen und BVV-Fraktionen, an alle, die bezirkliche und städtische Gedenkveranstaltungen ausrichten.

Wir schrieben dort:

„Die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) wurde von Menschen gegründet, die den Nazismus als Negation der Demokratie und der Menschenwürde, als Regime des Massenmordes erlitten und gegen ihn Widerstand geleistet hatten. Den Überlebenden der Verfolgung aus rassistischen und politischen Gründen, der millionenfachen Vernichtung jüdischer Menschen sowie der Sinti und Roma, und auch den Nachkommen der Verfolgten und Widerstandskämpfer*innen fühlen wir uns verpflichtet. Bis heute sind die letzten Überlebenden der Naziverfolgung und ihre Nachkommen ein beträchtlicher Teil unserer Mitgliedschaft.

Deshalb appellieren wir an die demokratische Öffentlichkeit Berlins und die demokratischen Politiker*innen: Am 27. Januar – kein Gedenken an die Opfer des Naziregimes zusammen mit der AfD! Laden Sie die rechtspopulistischen und rechtsextremen Feinde der Demokratie nicht ein, sondern laden Sie sie aus! Nutzen Sie Ihre vielfältigen politischen Möglichkeiten zur klaren Positionierung in der Erinnerungskultur! Es liegt in Ihrer Hand.

Die AfD nutzt ihre Teilnahme an Gedenkveranstaltungen, um sich als vermeintlich ganz normale demokratische Partei darzustellen. Gleichzeitig führt sie einen fundamentalen Angriff auf die Erinnerungskultur in Deutschland. In der kritischen Aufarbeitung der deutschen Geschichte sehen die rechtsextremen und rechtspopulistischen Kräfte nur ein Hindernis auf dem Weg zu neuer nationaler Größe. Im Grundsatzprogramm der AfD heißt es: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“ Was die AfD damit meint, hat Björn Höcke deutlich gemacht, als er im Januar 2017 in Dresden eine „erinnerungspolitische

Wende um 180 Grad“ für Deutschland forderte. Laut Alexander Gauland, Fraktionsvorsitzender der AfD im Bundestag, werde die AfD „nicht nur unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit zurückzuholen“ und „die Deutschen“ hätten überdies das Recht, stolz zu sein auf „Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“. Für ihn sei die Zeit des NS-Regimes nur ein „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte.“

Nach der Wahl des ersten AfD Oberbürgermeisters, Tim Lochner, im sächsischen Pirna im Dezember 2023, grenzt sich der Stiftungsleiter der dortigen NS-Gedenkstätte, Markus Pieper, klar ab:

„Wir möchten keine Kränze der AfD. (...) die Positionen der AfD (stehen) im krassen Gegensatz zu unserem gesetzlichen Auftrag. Klar ist: Wir werden mit der AfD nicht zusammenarbeiten. Es ist unser Auftrag, an Geschichte und Verbrechen zu erinnern, an die Shoa, rassistische Politik, die Ermordung politischer Gegner – auch in dem Sinne, dass sich so etwas nicht wiederholt. Wir müssen daran mitwirken, die Gesellschaft gegen Rassismus und Antisemitismus zu wappnen.“

Die Teilnahme der AfD an Feierlichkeiten in Gedenken an die Opfer des deutschen Nationalsozialismus und in Erinnerung an die faschistischen Verbrechen bleibt nicht länger unwidersprochen: Mutig stellen sich Gedenkstättenmitarbeiter*innen und Zeitzeug*innen, Antifaschist*innen und demokratische Bürger*innen den Rechten von der sogenannten „Alternative“ in den Weg. Sylvia de Pasquale von der Euthanasie-Gedenkstätte in Brandenburg an der Havel etwa versuchte die AfD-Vertreterin am 1. September 2024, dem Jahrestag des faschistischen Überfalls auf Polen und des rückdatierten „Gnadentod-Erlasses“, der die Ermordung psychisch Kranker einleitete, an der Kranzniederlegung zu hindern.

Im vergangenen Jahr zogen die Brandenburgischen Gedenkstätten unter ihrem Leiter Axel Drecol die Konsequenz: zum 80. Jahrestag der Befreiung der nationalsozialistischen Konzentrationslager und der Niederlage der deutschen Wehrmacht werden die Gedenkstätten nicht mehr gemeinsam mit dem Brandenburger Landtag einladen! Die „demokratische“ Einladungspraxis, die alle im Parlament vertretenen Parteien einbeziehen soll, ist für die Opfer und ihre Nachkommen, für von Rechten bedrohte Antifaschist*innen und Lernorte, für demokratische Bürger*innen nicht tragbar.

Das Gedenken, das aus den Anstrengungen und Initiativen der Überlebenden entstanden ist, zu einem offiziellen zu machen, war ein langer Weg und wichtig für die Verantwortungsübernahme der deutschen Nachfolgestaaten. Sich dagegen der Verhöhnung der Opfer durch Beteiligung einer rechtsextremen Partei in den Weg zu stellen, halten wir für notwendig und dringend geboten. Demokratische Praxis darf keine leere Hülle werden, die nur denen dient, die sie abschaffen wollen. Wir sagen daher: **AfD-Verbot jetzt!** – und fordern Sie auf den Verbotsantrag im Bundestag zu unterstützen!

Wir solidarisieren uns mit den Forderungen der Gedenkstätten und appellieren heute noch einmal an Sie: Laden Sie die AfD vom Gedenken aus!

Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.
(Berliner VVN-BdA e.V.)

Markus Tervooren | Geschäftsführer

*Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.
[Berliner VVN-BdA e.V.]*

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: +49 (0)30 2978 4378

Mail: markus.tervooren@vvn-bda.de

berlin@vvn-bda | <http://berlin.vvn-bda.de>